

AsF Bundekonferenz

Vom 21. - 23. Juni fand die 21. ordentliche Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) in Karlsruhe statt.

Bayern entsandte als zweit größter Landesverband 26 Delegierte. Im Rahmen der Konferenz wurde die Landesvorsitzende der AsF-Bayern, Micky Wenngatz, sowie Bettina Marquis in den Bundesvorstand der sozialdemokratischen Frauen gewählt.

Die Landesvorsitzende Wenngatz erklärt zu Ihrer Wahl: „Ich freue mich schon sehr auf meine

Rollenbildern“, so Micky Wenngatz die Vorsitzende der AsF Bayern, „deshalb müssen wir dafür sorgen, dass Arbeitszeit so gestaltet wird, dass sich Frauen und Männer die familiäre Sorge partnerschaftlich teilen können. Darum begrüße ich ausdrücklich die Vorschläge der Bundesministerin Manuela Schwesig zum Modell 32-Stunden-Woche für Väter und Mütter“.

Insgesamt wurden rund 100 Anträge, in fünf thematische Bereichen, diskutiert. So wurde unter anderem eine Aufwertung der Pflegeberufe gefordert. „Pflegekräfte müssen für Ihre schwere und belastende Arbeit auch angemessen entlohnt werden“, so Wenngatz. Die Anträge nach einer

gerecht finanzierten Rente ohne Differenzierung zwischen Ost und West, sowie ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn ohne Ausnahme wurden von den SPD Frauen einstimmig angenommen.

In der europapolitischen Debatte war die Kernforderung nach einer eigenen Kommissarin für Gleichstellung. Darüber hinaus waren sich die Frauen darüber einig,

dass Europa gleichstellungspolitisch mit gutem Beispiel voran gehen muss und forderten deshalb, dass die neue EU-Kommission paritätisch besetzt werden muss. Dazu die Europaexpertin Bettina Marquis: „Bisher haben wir nur neun Frauen in der 28 Mitglieder umfassenden Kommission und auch jetzt werden fast nur Männer vorgeschlagen. Das muss sich ändern. Wir fordern auch hier die Hälfte vom Himmel“.

Der Kampf gegen Gewalt an Frauen ist auch in



Die bayrische Delegation war vollzählig nach Karlsruhe gefahren. Mit dabei die AsF Landesvorsitzende Micky Wenngatz, Maria Noichl, die frisch gewählte MdEP und Ursel Kiermeier, stellv. Landesvorsitzende.

neue Aufgabe. Die weit über 100 Anträge die zur Gleichstellungspolitik, zur Vielfalt, zu Parität, Selbstbestimmung und dem Kampf gegen Gewalt an Frauen beschlossen, wurden bilden eine gute Arbeitsgrundlage“.

Unter dem Motto „Zeit zum Leben – Zeit zum Arbeiten“ trafen sich am Wochenende über 200 Frauen der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (AsF) aus ganz Deutschland zum Bundeskongress in der Karlsruher Stadthalle. „Immer mehr Menschen wollen weg von den alten

diesem Jahr ein Thema der Konferenz gewesen, wobei diesmal die sexuelle Nötigung bzw. Vergewaltigung im Fokus stand. Dazu Micky Wenngatz: „Nein heißt nein! Das muss auch der Gesetzgeber klar machen, daher fordern wir eine Novellierung des §177 StGB in der Form, dass in Zukunft auch nicht einvernehmliche sexuelle Handlungen unter Strafe gestellt werden.“ Bisher liegt erst dann ein Straftatbestand vor, wenn der Täter entweder physische Gewalt anwendet, mit Gefahr für Leib und Leben droht oder sich die Frau in einer schutzlosen Lage befindet.

Am Samstag wurde neben den Antragsberatungen auch der neue Bundesvorstand gewählt. Elke Ferner wurde mit 192 von 205 Stimmen erneut zur Bundesvorsitzenden gewählt. Aus Bayern wählten die Frauen die AsF Landesvorsitzende, Micky Wenngatz sowie Bettina Marquis in den Bundesvorstand. Die stellvertretenden AsF-Landesvorsitzenden Ursel Kirmeier und Angela Steinacker rücken in den Bundesausschuss nach.



FRAUENMANGEL IN EU-KOMMISSION

Kerstin Westphal, MdEP und Micky Wenngatz, AsF-Landesvorsitzende kritisieren Besetzung der EU-Kommission.

Die Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen liegen in Deutschland aktuell bei 22%, wie das Statistische Bundesamt gestern mitteilte. Eine auch nur mittelfristige Verbesserung dieses Zustandes ist nach wie vor nicht in Sicht.

„Besonders im Hinblick auf die wirtschaftliche Größe und Stärke Deutschlands in der Europäischen Union ist dies ein Skandal“, kommentiert Micky Wenngatz, die Vorsitzende der AsF Bayern die Zahlen. Wie das Statistische Bundesamt auch mitteilte zeige sich, dass Deutschland mit 22 % am unteren Ende der Skala aller Mitgliedstaaten stehe. Der EU-Durchschnitt sind immer noch bedauerliche 16%.

Ein Grund für die Lohnungerechtigkeit ist auch, dass es unter den Frauen viel weniger Spitzenverdienerinnen gibt, als bei ihren männlichen Kollegen. „Jede Spitzenposition bietet immer auch Orientierung für die Bezahlung nachfolgender Gehaltsstufen. Erst wenn deren Anzahl von Spitzenverdienerinnen zunimmt, wird die Entlohnung von Frauen insgesamt besser werden“, unterstreicht Micky Wenngatz.

Der Mangel an Spitzenverdienerinnen spiegelt sich aktuell auch bei der Besetzung der zukünftigen EU-Kommission unter dem designierten EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker

wider. Wie gestern auch bekannt wurde, gibt es unter den 15 Nominierungen für das Amt eines Kommissars erst eine Frau. Damit läge der Frauenanteil in der neuen Kommission weit unter dem der Barroso-II Kommission. Indes hatte Juncker glaubhaft angekündigt, den Frauenanteil auf mindestens 40% zu heben. „Dass das aktuell nicht gelingt, kann nicht Juncker angelastet werden, der sich seine Kommissare nicht selber aussuchen kann, sondern nur den Mitgliedstaaten - diese lassen Juncker hier gerade am ausgestreckten Arm verhungern.“, so Kerstin Westphal die fränkische SPD-Europaabgeordnete.

Für die neue Kommission könnte das zu einem echten Problem werden. „Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben jetzt schon angezeigt, dass die Zustimmung zur neuen Kommission verweigert wird, wenn der Frauenanteil sich gegenüber der alten Kommission nicht wesentlich verbessert“, hebt Kerstin Westphal hervor und fügt hinzu: „Und wir spaßen nicht.“

„Dieses peinliche Verhalten der Mitgliedstaaten rührt nicht daher, dass es nicht genügend qualifizierte Frauen gibt“, so Micky Wenngatz. „Sondern nur weil die Rahmenbedingungen für sie nicht dieselben sind wie für ihre männlichen Kollegen.“, ergänzt Kerstin Westphal. „Diese Bedingungen zu verändern ist der notwendige Schritt zu unserem gemeinsamen Ziel zu einer höheren Frauenbeschäftigung. Gleicher Lohn, für gleiche Arbeit, für Männer und Frauen egal an welchem Ort.“, bekräftigen Westphal und Wenngatz.

DER NEUE LANDES- VORSTAND



Rosemarie Gebhardt:

Gewalt und Diskriminierung sind die Feinde der Freiheit

auch erfolgsversprechende Ausbildungsbedingungen. Gleichzeitig muss die Kinderbetreuung für Familien, deren Eltern in Schichtarbeit und mit Wochenenddienst angestellt sind, zeitlich und wohnorts- bzw. betriebsnah ausgebaut werden. Durch den demographischen Wandel müssen schnellstmöglich Alternativen geschaffen werden zur Versorgung unserer Pflegebedürftigen.“



Angelika Thiel:

„Als Fachbeisitzerin für „Pflege und Gesundheit“ möchte ich mich speziell einsetzen für diese Berufssparte, die einen weiblichen Beschäftigungsanteil von 83% hat, während

der Frauenanteil bei der Gesamtbeschäftigung mit 46% noch unter dem Bevölkerungsanteil der Frauen mit 51% liegt.

In erster Linie werde ich eintreten dafür, dass sich endlich in den Pflegeberufen die Arbeitsbedingungen, die Arbeitsverträge und die Einkommen angemessen verbessern. Vor allem fordere ich aber



Christa Gerdes:

Die ASF Frauen setzen sich für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft und in der Partei ein. Deshalb ist auch ein Ziel, dass Frauen gleiches Entgelt für gleiche Arbeit bekommen, dass

sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können und dass sie auch im Alter gut leben können.



Brigitte Wilhelm:

Ich möchte mich vor allem für die Belange von älteren Frauen einsetzen. Trotz Mütterrente muss in diesem Bereich noch viel getan werden!



Katja Reitmaier:

„Ich setzte mich für Gleichstellung ein, da sie für eine gerechte Gesellschaft unabdingbar, aber leider noch lange nicht erreicht ist. Besonders beschäftige ich mich mit Stellen zur Bildungspolitik

den Schnitt- und zum Engagement gegen Rechts.“



Ursula Kirmeier:

Wir sind wie das Salz: schmerzhaft in Wunden, aber (über)lebenswichtig und daher unverzichtbar.

Nur mit einer starken, selbstbewussten AsF geht es voran. Denn wir sind es doch, die Kontakte und Netzwerke vor Ort pflegen. Wir sind es, die neue Inhalte, Ideen und Vorschläge auf allen Parteiebenen in die Partei einbringen. Und das ist gut so.

Frauen und Erwerbsarbeit gehört aus meiner Sicht zu den zentralen Themen, wenn wir echte Gleichstellung erreichen wollen. Die Einführung der 30 Stundenwoche bei täglicher Arbeitszeitverkürzung ist eines meiner langfristigen Ziele. Nur so kann eine partnerschaftliche Teilhabe von Männern und Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft erreicht werden.

Ich denke, dass wir als AsF Bayern noch viel erreichen können und müssen. Packen wir es an.



Angela Steinecker:

„Im Vorstand will ich mich in den nächsten zwei Jahren für folgende Themen kümmern: Frauen und Arbeitsmarkt, Vereinbarkeit von Beruf und Familie/Pflege, Weiterentwicklung des

Prostituiertengesetzes.

Weiterhin möchte ich mich dafür einsetzen, dass das Projekt SoFIA weitergeführt wird, viele „schwarze“ Flecken der AsF wieder rot werden und der Kontakt zu den Gewerkschaftsfrauen intensiviert wird.“



Petra Schilling:

Solange Frau für gleiche Arbeit weniger Geld bekommen, solange dürfen wir uns nicht zufriedengeben. Erst wenn wir beim Lohnniveau die volle Gleichberechtigung

herrscht, haben wir unser Ziel erreicht.



Ingeborg Slowik:

“Frauen sind mehr wert, als Kinder, Mann und Herd.”

“Ich würde gerne dazu beitragen, das Leben der Frauen erträglicher zu gestalten.”

Die weiteren Vorstandsfrauen stellen wir in der nächsten Ausgabe unseres Newsletters vor.

Wir gratulieren allen neu- bzw. wiedergewählten Vorstandsmitgliedern und wünschen ihnen viel Erfolg und immer die Sache der Frauen und der Sozialdemokratie voranbringende Entscheidungen.

Vor 225 Jahren 26. August 1789 Verkündung der Menschen- und Bürgerrechte in Frankreich



Die Französische Revolution war gewissermaßen die Geburtsstunde der Frauenfrage in Europa. Ausgelöst wurden die ersten Debatten über die

Stellung der Frau durch die Verkündung der Menschen- und Bürgerrechte im August 1789. Diese Rechte sollten als verpflichtendes Prinzip jeder zukünftigen Staats- und Gesellschaftsordnung zugrunde liegen. Die oberste Richtlinie lautete: „Die Menschen sind frei und bleiben von Geburt frei und gleich an Rechten“.

Sehr schnell stellte sich jedoch heraus, dass mit „Mensch“ genau genommen nur „Mann“ gemeint war. Obwohl die Frauen nicht unwesentlich zum Gelingen der Revolution beigetragen hatten, hielt „Mann“ sie für zu unreif, um selbst über sich und ihre Angelegenheiten entscheiden zu können oder

um gar am öffentlichen Leben teilzunehmen. Jeder Analphabet schien geeignet, sein Leben selbst in die Hand zu nehmen und zumindest phasenweise die politischen Geschicke des Landes mitzubestimmen, während eine Frau – mochte sie noch so gebildet sein, allein aufgrund ihres Geschlechts für alles einen Vormund und Fürsprecher brauchte.

Die Erkenntnis, dass die Revolution für Frauen keine Gleichheit und keine Freiheit brachte, bewog einen Teil der politisch interessierten und informierten Frauen dazu, sich in Clubs und Zirkeln zusammen zu schließen, um für die Menschenrechte der Frau zu kämpfen. Die Antwort auf die Frauenfrage war die Frauenbewegung. Die französischen Behörden reagierten scharf – glaubte sie das Vaterland in Gefahr? 1793 verbot das Parlament jedenfalls alle politischen Vereinigungen von Frauen, Olympe de Gouges und zahlreiche andere Feministinnen büßten ihr Engagement noch im selben Jahr auf dem Schafott.

Bildquelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:-Marie-Olympe-de-Gouges.jpg>

IMPRESSUM

Herausgeberin:

AsF Bayern (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen)
Oberanger 38, 80331 München

T: 089/23171127
M: asf@bayernspd.de
W: www.asfbayern.de

Redaktion: Micky Wenngatz, Dorothee Klinksiek
V.i.S.d.P: Sonja Röhm

Layout: Micky Wenngatz

AsFBayern jetzt auf facebook liken

Die AsFBayern hat seit einiger Zeit eine neue Homepage (www.asfbayern.de) und ist auch auf facebook ([asfbayern](https://www.facebook.com/asfbayern)). Wir möchten das Knüpfen von Netzwerken weiter vorantreiben und noch offensiver in die Öffentlichkeit treten. Hierfür brauchen wir euch!



Call for Paper

Die AsFBayern lebt durch eure Aktivitäten! Daher schickt uns Infos über euer Engagement vor Ort an: asf@bayernspd.de.

Wir veröffentlichen sie gerne in unserem nächsten Newsletter.

NEUES AUS EUROPA

Weiter für die Regionen und VerbraucherInnen



Für Kerstin Westphal aus Schweinfurt beginnt die zweite Legislatur-Periode. Als Spitzenkandidatin der BayernSPD ist sie in den Wahlkampf gegangen, und ist nun (nach dem

schwachen Abschneiden der CSU) einzige unterfränkische Europaabgeordnete. Sie vertritt wie bisher die fränkischen Bezirke.

Schwerpunkt Regionalpolitik

Die Arbeitsschwerpunkte von Kerstin Westphal bleiben unverändert: Sie ist weiterhin Vollmitglied im Regionalausschuss, und als Stellvertreterin im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz. Als sozialdemokratische Verhandlungsführerin für den Regionalfonds (aus dem Bayern ab 2014 rund 500 Millionen Euro bekommt) hat sie 2014 viel für Bayern herausholen können, jetzt wird es vor allem um den unbürokratischen, zielgerichteten Einsatz dieser Gelder gehen. Außerdem will Kerstin Westphal weiterhin die besonderen Schwierigkeiten, vor denen bayerische Kommunen und Regionen stehen, in Brüssel einbringen: Demographische Herausforderungen, der Breitband-Ausbau, die Umgestaltung von Konversionsflächen und Investitionen in Bildung und Forschung stehen für sie an erster Stelle.

Schwerpunkt Verbraucherschutz

Beim Schutz der VerbraucherInnen will Kerstin Westphal weiterhin für ein ausgewogenes Verhältnis sorgen: So viel Schutz wie möglich, gleichzeitig aber keine überbordende Bürokratie für die Unternehmen. In der neuen Legislatur will sie vor allem beim technischen Verbraucherschutz ansetzen und weiter für mehr Schutz und bessere Rechte für VerbraucherInnen in den Bereichen Verkehr und Gesundheit sorgen.

„Intergroups“ und sonstige Schwerpunkte

Neben der Ausschuss-Arbeit will Kerstin Westphal sich in zwei parteiübergreifenden Gruppen engagieren: Die „Urban-Intergroup“ besteht aus Abgeordneten, denen eine nachhaltige Stadtentwick-

lung am Herzen liegt. Hier werden auf informeller Ebene Lösungen diskutiert, wie man Städte und ihr Umland sinnvoll unterstützen kann. Außerdem will Kerstin Westphal an der Gründung einer neuen Intergroup mitwirken, die sich mit Transparenz und Korruption beschäftigt. Ziel dieser Gruppe ist es einerseits, „intern“ klare Regeln für den Umgang mit Lobbyisten anzubieten, andererseits soll auch der „externe“ Umgang mit EU-Geldern beleuchtet werden (Stichwort Geldwäsche).

Weiterhin will Kerstin am Thema Jugendarbeitslosigkeit und Gleichstellungspolitik arbeiten. Denn die Zukunft Europas hängt davon ab, dass diese Generation nicht verloren geht. Die SozialdemokratInnen im Europäischen Parlament wollen deshalb die Jugendarbeitslosigkeit in fünf Jahren um mindestens 30% verringern. Zudem will Kerstin zusammen mit ihren sozialdemokratischen KollegInnen auch den Dumpingwettbewerb um immer niedrigere Löhne in Europa unterbinden. Europa kann sich im globalen Wettbewerb nur durch gute Arbeit und gute Produkte behaupten. Deshalb muss Ausbeutung europaweit bekämpft, und einen Pakt für Mindestlöhne geschaffen werden. Oberstes Ziel dabei muss sein: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Und das heißt auch: egal für welches Geschlecht. Männer verdienen im gleichen Job nach wie vor 17% mehr als ihre weiblichen Kolleginnen. Und das ist nur der EU-Durchschnitt. In Bayern sind es 23%. Das ist weit entfernt von Lohngerechtigkeit. Die Generation von Frauen, die jetzt heranwächst, ist die bestausgebildete, die es je gab. Denen müssen wir die gleichen Chancen geben wie den Jungs. Das bedeutet gleichen Lohn, gleiche Aufstiegschancen, und die gleichen Chancen, später mal Chef zu werden.

Credo

Kerstin Westphal will wie bisher dafür arbeiten, dass die europäische Politik so unbürokratisch wie möglich abläuft. Ihr Motto der „Verzahnung der Ebenen“ vom Wahlkampf 2009 hat nichts an seiner Aktualität eingebüßt: Nur wenn man gemeinsam, von der kommunalen über die regionale bis hin zur europäischen Ebene, Politik macht, kann man etwas für die Menschen vor Ort erreichen.

NEUES AUS EUROPA

FEMM - Ausschuss für Frauen und Gleichstellung



Mitten im politischen Zentrum der Frauen Europas!

Angekommen. Endlich. Diese Woche fand in Brüssel der erste wirkliche Ausschuss für Frauen und Gleichstellung statt. FEMM – ein ganz beson-

deres Arbeitsgebiet. Neben einer Vorsitzenden gibt es 4 Stellvertreterinnen. Eigentlich werden die Stellvertreterinnen nach dem D`Hondt-Verfahren verteilt. Dies ist so in allen Ausschüssen üblich.

Dieses Mal jedoch war unter uns Frauen ohne viel Absprache klar, dass die rechtsextreme Frau von Storch (in Deutschland bei der AfD) sicherlich keinen Stellvertreterposten bekommen darf. Ist es denn möglich, eine Frau, die gegen Homosexuelle und gegen Emanzipation spricht bei jeder Sitzung in der ersten Reihe sehen zu müssen? Nein. Dies wäre für uns alle nicht zu ertragen gewesen. Sie bekam bei mehreren Wahlgängen nicht die Stimmzahl, die sie gebraucht hätte. Also: Die Gruppe der ECR Fraktion (Europäische Konservative und Reformisten, dieser Gruppe gehört auch die

deutsche AfD an) musste eine andere Frau vorschlagen. Diese zählt zu den gemäßigeren und wurde dann gewählt. Rechts bedroht nicht nur die Demokratie, sondern ganz besonders die Frauenrechte. Da heißt es dagegen halten: Wir stehen für die Vielfalt. Wir stehen für die gegenseitige Achtung. Wir stehen für die Wahlfreiheiten und vor allem für die Selbstbestimmung. Keiner und keine Partei darf uns Frauen sagen, wie wir leben sollen und müssen.

Die Auswirkungen der rechten Politik in Europa sind in Spanien schon täglich zu erleben. Er kämpfte Frauenrechte werden in die Tonne getreten. Wir müssen dafür kämpfen, dass sich dieser Brand nicht zu einem Flächenbrand in Europa ausdehnt. Es gibt also noch viel zu tun.

Feministische Grüße
Maria Noichl

PS: Ab 25.8. wird Gina Horst als wissenschaftliche Assistentin für mich in Brüssel den Bereich Frauen bearbeiten. Sie hat Gender studiert, das Herz am richtigen Fleck und ist sehr gut in Europa mit zahlreichen Frauenverbänden vernetzt.

SEMINAR HINWEIS

29.9. - 30.9.

Gleichberechtigte Chancen für Frauen Wunsch und Wirklichkeit im 21. Jahrhundert

Die „Einkommensschere“ in der reichen Bundesrepublik Deutschland klappt immer weiter auseinander. Was kann unternommen werden, um Altersarmut vorzubeugen und ein selbstbestimmtes Leben bis ins Alter überhaupt zu ermöglichen?

Seminarinhalte

- Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit von Frauen in Deutschland
- Chancengleichheit von Frauen in der Bundesrepublik Deutschland-Handlungsoptionen zwischen Anspruch und Wirklichkeit

- Regionale Anforderungen an Bildungsarbeit für Frauen
- Die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages - eine Analyse geschlechtsspezifischer Merkmale
- Umsetzungsschritte der Koalitionsvereinbarungen im politischen und ökonomischen Kontext

Veranstalter: Bayrisches Seminar für Politik
Veranstaltungsort: Schloss Aspenstein, Kochel a. See
Teilnahmebeitrag: 60,00 EUR
Seminarleitung: Angelica Dullinger

Näheres unter: www.baysem.de